

**Pressefahrt des SGVHT nach Gotha am 14./15. September 2019**

**Frei für Tageszeitung ab Dienstag, 17. September 2019**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Ausführungen von**

**Gerhard Grandke**

**Geschäftsführender Präsident des  
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Vorbemerkung**
- II. Geschäftsentwicklung**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Fazit**

## **I. Vorbemerkung**

Anrede!

Herzlich Willkommen zu unserem Pressegespräch im Rahmen der Pressefahrt mit dem Internationalen Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten (ICFW) in der Barockstadt Gotha. Ich möchte heute wieder auf Themen eingehen, die uns zurzeit in der Sparkassenorganisation beschäftigen. Beginnen möchte ich mit der Geschäftsentwicklung unserer Mitgliedsinstitute in Hessen und Thüringen in der ersten Hälfte des Jahres 2019.

## **II. Geschäftsentwicklung**

Dank eines unvermindert starken Kundengeschäfts ist die Bilanzsumme unserer Sparkassen zum 30. Juni 2019 erneut gestiegen, nämlich um 1,9 Mrd. Euro bzw. 1,5% auf 127,7 Mrd. Euro. Das Wachstum fand dabei wie im Vorjahr sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite der Bilanz statt.

### **Starke Zuwächse im Kundenkreditgeschäft**

Die größten Impulse gingen einmal mehr vom Kundenkreditgeschäft aus, das die Sparkassen in unserem Verbandsgebiet in den ersten sechs Monaten kräftig ausbauen konnten. Die Ausleihungen erhöhten sich über alle Kundensegmente hinweg um insgesamt 2,0 Mrd. Euro bzw. 2,7%. Den Sparkassen ist es damit gelungen, den starken Zuwachs von 2,2% aus dem ersten Halbjahr 2018 noch einmal zu toppen.

Während die Kreditbestände bei den öffentlichen Haushalten praktisch stabil geblieben sind (-12 Mio. Euro bzw. -0,3%), erhöhten sie sich bei den Privatpersonen um knapp 500 Mio. Euro bzw. 1,5%. Der Zuwachs lag damit doppelt so hoch wie im Vorjahreszeitraum und ging komplett auf das Konto der Wohnungsbaukredite. Deren Bestände erhöhten sich zwischen Januar und Juni 2019 um 502 Mio. Euro bzw. 1,8%. Das zeigt, dass die Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen in unserem Verbandsgebiet ungebremst hoch ist.

### **Politische Unsicherheiten bremsen Firmenkundengeschäft nicht aus**

Den größten Zuwachs verbuchten die Sparkassen in Hessen und Thüringen aber wieder im Kreditgeschäft mit Firmenkunden. Die Ausleihungen an Unternehmen und Selbständige erhöhten sich im ersten Halbjahr 2019 um 1,5 Mrd. Euro bzw. 4,1%. Wenn man die Halbjahresergebnisse unserer Sparkassen seit der Finanzkrise zugrunde legt, bedeutet das den größten Sprung seit gut zehn Jahren. Das ist schon beachtlich, zumal sich in Deutschland seit geraumer Zeit die Anzeichen für eine spürbare Abkühlung des konjunkturellen Klimas mehren. Denn es ist viel Unsicherheit im System. Politische Konflikte wie der Brexit oder der eskalierende Handelskrieg zwischen den USA und China fordern auch wirtschaftlich ihren Tribut.

Der Welthandel beginnt zu schwächeln. Das geht am Exportweltmeister Deutschland natürlich nicht spurlos vorüber. Im Juni 2019 sind die deutschen Ausfuhren im Vergleich zum Juni 2018 um 8% zurückgegangen, der ifo-Geschäftsklimaindex ist im August auf den niedrigsten Stand seit April 2013 gefallen und die Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2019 leicht gesunken. Vor dieser trüben Kulisse werden Skeptiker vielleicht einwenden, dass die hohen Bestandszuwächse im Firmenkreditgeschäft unserer Sparkassen im ersten Halbjahr 2019 nicht überbewertet werden dürfen, weil sie vor allem die Vergangenheit abbilden.

### **Starkes Neukreditgeschäft spricht für weiteres Wachstum**

Diese Skepsis ist aber nicht angebracht. Das verdeutlicht das Neugeschäft unserer Sparkassen, deren Darlehensauszahlungen und Darlehenszusagen im ersten Halbjahr 2019 insgesamt um sage und schreibe 7,5% bzw. 9,4% gestiegen sind. Im Neukreditgeschäft mit Unternehmen lag das jeweilige Plus mit 8,5% bzw. 10,2% sogar noch ein Stück höher.

In diesen bemerkenswerten Zuwächsen kommt zum einen die Zuversicht der Unternehmen und Selbständigen zum Ausdruck, dass in der schon seit langem dampfenden internationalen Konfliktküche letztendlich nicht alles so heiß gegessen wie gekocht wird. Zum zweiten profitieren die Sparkassen davon, dass viele ihrer Kunden im Handwerk, in der Bauwirtschaft und in anderen Branchen tätig sind, die immer noch eine hervorragende Auftragslage haben. Und zum dritten kommt es den Sparkassen in unserem Verbandsgebiet sicherlich zupass, dass die Wirtschaft in Hessen und Thüringen gut diversifiziert ist und es hier im Gegensatz zu manch anderer Region keine ausgeprägten industriellen Schwerpunkte gibt, die jetzt im Abschwung zu Klumpenrisiken werden können.

Die Binnenkonjunktur in Deutschland ist also trotz der internationalen Verwerfungen intakt und stabilisiert die gesamte Volkswirtschaft. Wir sollten deshalb alles tun, damit das möglichst lange noch so bleibt. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die öffentliche Hand endlich mehr investiert. Anlässe gibt es genug: die oftmals marode Infrastruktur, die Digitalisierung und die Energiewende mit all ihren Anforderungen, aber auch die Bildung und die Wissenschaft. Investitionen in diese Bereiche stützen im Abschwung nicht nur die Konjunktur. Sie machen Deutschland auch zukunftsfähig.

### **Tanz um schwarze Null passt nicht mehr in die Zeit**

Dazu kommt, dass die Rahmenbedingungen für mehr öffentliche Investitionen derzeit fast schon paradiesisch sind. Die faktischen Negativzinsen haben die Verhältnisse in der Bond-Welt auf den Kopf gestellt. Zuletzt sind sogar die Renditen der 30-jährigen Bundesanleihen ins Minus gerutscht. Die öffentliche Hand bekommt also in der Regel noch etwas zurück,

wenn sie sich Geld leiht. Der Tanz um die schwarze Null passt deshalb nicht mehr in die Zeit. Der Beat hat sich gewandelt.

Das gilt auch für die Schuldenbremse, die nach den Erfahrungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise durchaus ihre Berechtigung hatte. Die Zeiten haben sich aber geändert. Die Niedrig- und Negativzinspolitik der Notenbanken hat viele Nachteile. Ich werde darauf nachher noch zurückkommen. Bei den öffentlichen Investitionen bietet das negative Zinsumfeld aber einen entscheidenden Vorteil: Wenn Investitionen unerlässlich sind – und darüber herrscht glaube ich Einigkeit – dann sollte man sie vornehmen, wenn ihre Finanzierung praktisch nichts kostet oder vielleicht sogar noch etwas Rendite bringt. In dieser Zinswelt darf die Schuldenbremse deshalb für öffentliche Investitionen nicht zur Zwangsjacke werden, die keine Bewegung mehr zulässt.

### **Neugeschäft bei Baufinanzierungen expandiert kräftig**

Das Neukreditgeschäft unserer Sparkassen ist im ersten Halbjahr 2019 nicht nur bei den Firmenkunden, sondern auch bei den Privatpersonen kräftig gestiegen. Die Darlehensauszahlungen und -zusagen nahmen hier spürbar zu, nämlich um 11,4% und 12,1%. Wachstumsmotor waren dabei erneut die Wohnungsbaukredite, bei denen Auszahlungen und Zusagen jeweils um 15% nach oben gingen. Ein solch hervorragendes Neugeschäft war angesichts des vielerorts knapper werdenden Baulands und steigender Immobilienpreise und Baukosten nicht unbedingt zu erwarten. Es zeigt, dass die Menschen die Wirtschaftslage immer noch zuversichtlich einschätzen und keine Angst vor der Zukunft haben.

### **Zuflüsse im Einlagengeschäft**

Damit komme ich zur Passivseite der Bilanz. Auch die Kundenverbindlichkeiten unserer Sparkassen sind im ersten Halbjahr 2019 gewachsen, um 0,9 Mrd. Euro bzw. 0,9%. Die Menschen sparen also auch im aktuellen Niedrigzinsumfeld konsequent weiter, was die richtige Strategie ist. Dabei gibt es kaum Unterschiede zwischen den Generationen. Vor kurzem hat erst eine Studie wieder bestätigt, dass auch die 14- bis 25-jährigen ganz überwiegend klassische Anlageformen wie das Sparbuch oder das Tagesgeld bevorzugen.

Bei uns in Hessen-Thüringen hat sich der Trend der Sparer zur kurzfristigen Anlage in den ersten sechs Monaten 2019 fortgesetzt. Die Täglich fälligen Gelder stiegen um 1,5%. Dagegen gingen Spareinlagen und Eigenemissionen seit Jahresbeginn um weitere 1,2% bzw. 4,5% zurück. Bei den Termingeldern schlug ein Plus von 24,0% zu Buche. Dieser beachtliche relative Zuwachs ist aber einem recht niedrigen Basiswert geschuldet. Das machen die absoluten Zahlen deutlich. Bei den Täglich Fälligen und den Spareinlagen

hatten die Sparkassen Ende Juni 2019 gut 73 Mrd. Euro bzw. fast 24 Mrd. Euro im Bestand, bei den Termingeldern waren es dagegen nur 1,4 Mrd. Euro.

### **Umschichtungen im Kundenwertpapiergeschäft**

Die wachsenden Einlagenbestände bei unseren Sparkassen haben sicherlich auch etwas mit Umschichtungen im Wertpapiergeschäft zu tun. So fielen die Verkäufe der Kunden im ersten halben Jahr 2019 um 11,5% höher aus als im Vorjahreszeitraum. Abgestoßen wurden vor allem festverzinsliche Wertpapiere (+25,3%) und Investmentfonds (+13,9%). Bei Aktien gingen die Verkäufe dagegen um 2,3% zurück. Das lag sicherlich auch an dem äußerst freundlichen Börsenumfeld im Berichtszeitraum, das viele Aktionäre zum Halten ihrer Anteilsscheine animiert hat. Für den DAX war der Zeitraum von Januar bis Juni 2019 mit einem Plus von rund 16% jedenfalls eines der erfolgreichsten Halbjahre seiner Geschichte.

Die Käufe unserer Kunden im Wertpapiergeschäft sind um 0,5% gestiegen. Aufgrund der stärkeren Verkäufe erhöhte sich der Umsatz unserer Sparkassen im Wertpapiergeschäft im ersten Halbjahr 2019 um 5,1% auf 6,3 Mrd. Euro. Der Nettoabsatz als Saldo von Käufen und Verkäufen ging um 28,0% auf 698 Mio. Euro zurück. Am höchsten fiel der Nettoabsatz bei den Investmentfonds mit 446 Mio. Euro aus. Aber auch bei den Aktien (146 Mio. Euro) und den Festverzinslichen (107 Mio. Euro) stand vor dem Saldo ein Plus.

Beim Wertpapiergeschäft auf eigene Rechnung haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen im ersten Halbjahr 2019 ihre Bestände ausgebaut. Die Wertpapiereigenanlagen stiegen um 625 Mio. Euro bzw. 2,0%. Da der sichere Hafen im Negativzinsumfeld ein teurer Ankerplatz ist, haben die Institute ihre Bestände an Anleihen und Schuldverschreibungen leicht zurückgeführt (-0,7%) und dafür mehr Aktien und Investmentzertifikate gekauft (+8,3%). Mit einem Anteil von 72% dominieren die Anleihen und Schuldverschreibungen das Depot A unserer Sparkassen aber immer noch eindeutig.

### **Sparkassen stocken Eigenmittel auf 13,1 Mrd. Euro auf**

Auch in den ersten sechs Monaten des Jahres 2019 haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen ihre Eigenmittel um 2,4% auf 13,1 Mrd. Euro aufgestockt. Davon entfielen 12,1 Mrd. Euro auf Kernkapital. Zum 30. Juni 2019 betrug die Gesamtkapitalquote 20,5% und die Kernkapitalquote 18,9%. Das zeigt, dass wir kapitalmäßig sehr solide unterwegs und für die auch in Zukunft zu erwartende rückläufige Ertragsentwicklung gut gewappnet sind.

Wie immer um diese Zeit greifen wir bei der Beschreibung der Ertragsentwicklung auf unsere Prognoserechnung für das Gesamtjahr zurück, die uns anzeigt, in welche Richtung es 2019 ertragsmäßig gehen wird.

### **Ertragsentwicklung bleibt unter Druck**

Die Prognose sagt uns auch für das laufende Jahr sinkende Betriebsergebnisse voraus. Der Zinsüberschuss unserer Sparkassen wird auf Jahressicht um gut 4% auf knapp 2,1 Mrd. Euro sinken. Beim Provisionsüberschuss werden wir laut Prognosesystem bei etwa 800 Mio. Euro auslaufen. Das wäre eine Steigerung von 3,4%. Auch der Verwaltungsaufwand wird voraussichtlich nach oben gehen, nämlich um 2,9% auf gut 2,0 Mrd. Euro.

Insgesamt wird unser Betriebsergebnis vor Bewertung laut Prognose um 13% auf 844 Mio. Euro sinken. Das ist angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen, in der sich die gesamte Kreditwirtschaft nun schon seit Jahren bewegt, immer noch ein auskömmliches Ergebnis.

### **III. Weitere Entwicklung**

Damit komme ich zum Ausblick. Die vorhin erwähnte Unsicherheit im System wird anhalten. Wie sich Großkonflikte wie der Brexit oder der amerikanisch-chinesische Streit entwickeln, wie sie die Weltwirtschaft beeinflussen und vor allem ob bzw. wie sehr sie sich über die Kapillare des Welthandels auf die deutsche Realwirtschaft und Binnenkonjunktur übertragen werden, lässt sich derzeit nicht zuverlässig vorhersagen.

Hier sind verschiedene Szenarien denkbar. Ich bin da recht optimistisch. Schließlich waren auch die vergangenen Jahre durchweg von Konflikten, Unsicherheiten und Volatilitäten geprägt, deren wirtschaftliche Auswirkungen sich insgesamt in Grenzen gehalten haben. Es gibt deshalb keinen Grund für vorseilende Panik.

Was unsere Sparkassen anbelangt, spricht dank unseres florierenden Neukreditgeschäfts viel dafür, dass sie ihre Bestände zumindest auf Jahresfrist spürbar ausweiten können. Auch im Einlagengeschäft sind Zuwächse wahrscheinlich. Im Wertpapiergeschäft erwarte ich dagegen angesichts der nervösen und volatilen Märkte keine ausgeprägten Aktivitäten.

Auf der Ertragsseite wird sich der Druck auf die Institute nicht mindern. Denn bei allen Unsicherheiten ist eines gewiss: Die Notenbanken werden ihre höchst expansive Geldpolitik fortsetzen und – wie wir es am Donnerstag bei der EZB gesehen haben – vielleicht sogar weiter lockern: sei es aus politischen Gründen wie in den USA oder neuerdings in Ungarn. Dort kauft die Notenbank jetzt aus einer industriepolitischen Motivation heraus Unternehmensanleihen. Sei es aus wirtschaftlichen Gründen wie im Euroraum, wo die EZB damit einen Konjunkturunbruch und Deflation verhindern will.

### **Kein Ausstieg aus ultralockerer EZB-Geldpolitik in Sicht**

In Europa hat sich die ultralockere Geldpolitik inzwischen so versteinert, dass ein Ausstieg auch auf längere Sicht kaum vorstellbar erscheint. Frau Lagarde hat zwar konzediert, dass die Geldpolitik Ihres Vorgängers negative Folgen und Nebenwirkungen hat. Daran ändern wird sie aber erklärtermaßen nichts. Es wird also nahtlos so weitergehen. Am Donnerstag hat die EZB den Minuszins für Einlagen von Banken bei ihr von -0,4 auf -0,5% angehoben. Dem soll zwar gegenüberstehen, dass in Anknüpfung an die jeweils vorzuhaltende Mindestreserve bestimmte Beträge ausgenommen werden. Das ist unter den gegebenen Umständen zu begrüßen. Schwer wirkt aber, dass das Anleihekaufprogramm wieder auflebt, das Möglichkeiten zur verzinslichen Anlage mehr oder weniger vollständig nimmt. Da drängt sich mir der Kalauer von Otto Waalkes auf: „Und es sprach eine Stimme zu mir: „Lächle und sei froh, es könnte schlimmer kommen!“ Und ich lachte und war froh – und es kam schlimmer!“

In der Geschichte kennen wir das Phänomen, dass die Bedeutung der nicht-intendierten Nebenwirkungen einer Maßnahme oft größer ist als die eigentlich beabsichtigte. Die ultraexpansive Geldpolitik der EZB hat das Zeug, einmal als Paradebeispiel dafür in die Annalen einzugehen. Sie frisst sich in die Altersvorsorge, die Rentenversicherungen, die Versorgungswerke, die Krankenkassen und Stiftungen. An den Vermögenmärkten löst sie Blasen aus. Sie bewirkt zum einen eine Umverteilung von den Sparern und dem kleinen Mann hin zum Staat mit seiner niedrigzinsinduzierten Haushaltsentlastung.

Zum anderen findet eine Umverteilung zugunsten der Vermögenden statt, die von steigenden Aktienkursen profitieren und aufgrund ihrer guten Bonität Sachwerte wie Immobilien mit billigen Krediten finanzieren können. Dadurch geht nicht nur die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auf, sondern auch zwischen Reichen und Normalverdienern. Das zeigt sich vor allem in den Ballungsgebieten. Dort werden die Immobilienpreise und die Mieten dermaßen in die Höhe getrieben, dass sich normale Menschen ein Leben in der Stadt oft nicht mehr leisten können.

Das Thema sickert jetzt auch mehr und mehr in das Bewusstsein breiterer Bevölkerungsgruppen. Am Donnerstagabend waren die negativen Auswirkungen, die mit dieser Politik für weite Kreise der Bevölkerung verbunden sind, nach meiner Wahrnehmung das Hauptthema in praktisch allen Nachrichtensendungen.

### **Junge Generation kennt keine Zinsen mehr**

Die ultraexpansive Geldpolitik der EZB hat zudem bewusstseinsverändernde Wirkung. Vor kurzem erzählte mir ein Bekannter, dass ihn seine 11-jährige Tochter gefragt habe: „Papa, was sind Zinsen?“ Er musste in den Märchenmodus von „Es war einmal...“ verfallen, als man

die Funktion von Zinsen noch gut anhand des Sparbuchs veranschaulichen konnte. Sollte diese Geldpolitik noch länger so anhalten – und davon ist ja leider auszugehen – droht hier eine Generation heranzuwachsen, die keine Zinsen kennenlernt. Das finde ich zutiefst beunruhigend.

Während die Nebenwirkungen der EZB-Geldpolitik immer heftiger werden, lässt deren intendierte Wirkung mehr und mehr nach. Das ist fast so wie bei den Antibiotika. Natürlich war die Erfindung dieser Bakterienkiller eine hervorragende Sache. Sie haben die Medizin revolutioniert. Sie haben unzählige Menschenleben gerettet. Bei vielen Krankheiten wie Lungen- und Hirnhautentzündung, Blutvergiftung und Tuberkulose gibt es zu Penicillin und Co. keine Alternativen.

Diese segensreiche Wirkung wird aber immer öfter in ihr Gegenteil verkehrt. Trotz aller bekannten Risiken und Nebenwirkungen werden Antibiotika heutzutage nicht nur bei schweren bakteriellen Erkrankungen verabreicht, sondern oft auch bei viralen Infekten und Erkältungen. Die Folgen sind fatal: Immer häufiger werden Bakterien gegen die gängigen Antibiotika resistent. Sie wirken nicht mehr.

So ist es auch mit der lockeren Hand der EZB: Am Anfang war sie ein gutes und probates Mittel, um die Auswirkungen der Weltfinanzkrise zu bekämpfen. Das ist auch gelungen. Die Geldpolitik hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die europäische Wirtschaft ihre Malaise überwunden hat.

Dann hat die Notenbank aber der Wirkung ihrer eigenen Medizin nicht getraut. Trotz der wirtschaftlichen Erholung hat sie die Zinsen in der Eurozone im Keller und die geldpolitischen Schleusen sperrangelweit offen gelassen. Nun trübt sich das konjunkturelle Klima ein. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass die dauerniedrigen Zinsen ihre Kraft verlieren. Sie können der Wirtschaft keine Impulse mehr verleihen.

Jetzt will die EZB die Dosis noch erhöhen und den Geldhahn weiter aufdrehen – und das, obwohl sich das Wirtschaftswachstum im Euroraum gerade einmal leicht abschwächt. Für mich stellt sich da die Frage: Was wird die EZB – Stichwort Resistenzen – eigentlich machen, wenn die Wirtschaft mal wirklich richtig krank werden sollte? Man wagt gar nicht darüber nachzudenken!

### **Kontraktionen der Aufsicht bremsen ultralockere Geldpolitik teilweise aus**

Gleichzeitig werden die Lockerungsübungen der EZB durch makroprudenzielle Kontraktionen der Aufsicht konterkariert. Das treibt manchmal seltsame Blüten: Einerseits will die EZB mit den negativen Zinsen für die Einlagefazilität erreichen, dass die Banken der



Realwirtschaft mehr Kredite vergeben. Über diesen Transmissionsriemen soll die Konjunktur angekurbelt und eine Deflation verhindert werden.

Andererseits hat die Aufsicht in einer Reihe von europäischen Staaten inzwischen den antizyklischen Kapitalpuffer für Banken eingeführt. In Deutschland wird dieser Puffer, der bis zu 2,5% betragen kann, ab Juli 2020 mit zunächst 0,25% scharf geschaltet. Mit dem Puffer soll erreicht werden, dass Banken in starken wirtschaftlichen Phasen ein Polster für den Abschwung anlegen. Und natürlich soll dadurch auch zu starkes Kreditwachstum eingedämmt werden.

Ebenfalls kontraktiv wirkt der Umgang der Aufsicht mit den notleidenden Krediten, der in Europa inzwischen umfassend durchreguliert ist. Die Aufsicht will damit erreichen, dass Kreditinstitute ihre Bestände in diesem Segment zügiger als bisher abbauen. Darüber hinaus dürften Banken wegen dieser Regulierung wohl künftig noch genauer hinschauen, wem sie Gelder ausleihen.

Zum einen, weil die Konsequenzen bei einem Ausfall deutlich härter sein werden als bisher. So müssen Banken notleidende Risikopositionen künftig wesentlich schneller anteilig von ihrem harten Kernkapital abziehen. Nach einer gewissen Zeit muss sogar der gesamte geschuldete Betrag davon abgezogen werden – egal, ob werthaltige Sicherheiten vorliegen oder nicht! Zum anderen plant die Aufsicht neue strengere und detailliertere Vorgaben für die Rahmenbedingungen zur Kreditvergabe, was für die Institute einen erhöhten Prüfungs- und Dokumentationsaufwand im Kreditgeschäft und Kreditrisikomanagement bedeutet.

Notleidende Kredite sind ja vor allem ein Thema der südeuropäischen Banken, bei denen diese Kreditspezies bis zu 40% des Gesamtbestandes ausmacht. In Deutschland beträgt die Quote im Schnitt nur 1,6%. Unsere Sparkassen in Hessen-Thüringen hatten in den letzten Jahren dank ihrer konservativen Risikopolitik und der guten Konjunktur praktisch keine Wertberichtigungen. Das Thema notleidende Kredite hat bei uns also keine systemische Relevanz. Und dennoch gelten die neuen Regelungen auch für die deutschen Institute.

Allein diese beiden Beispiele zeigen: Während die EZB das Wasser voll aufdreht, versucht die Aufsicht gleichzeitig, mit Lappen und Eimer die größer werdenden Pfützen wieder aufzuwischen. Die Leidtragenden dieser expansiv und kontraktiv zugleich wirkenden Praxis sind die Banken. Und zwar vor allem die, die wie die Sparkassen das Handwerk und den Mittelstand unterstützen und hauptsächlich vom Zinsgeschäft leben.

Es ist ja immer wieder die Forderung zu hören, dass Banken und Sparkassen sich in der neuen Zinswelt dann eben ein neues Geschäftsmodell suchen, sich also neu erfinden müssten. Ich halte eine solche Forderung für wohlfeil.

### **Sparkassen werden ihr Geschäftsmodell nicht aufgeben**

Die Sparkassen können und wollen ihr Geschäftsmodell nicht einfach ablegen und durch ein neues ersetzen. Sparkassen spielen in Deutschland als Intermediäre traditionell eine zentrale und lebenswichtige Rolle für die Volkswirtschaft. Es ist ihre Kernaufgabe, flächendeckend Geld von Sparern entgegenzunehmen und es Firmen, Privaten und Kommunen in Form von Krediten zur Verfügung zu stellen, so dass niemand von Finanzdienstleistungen ausgeschlossen wird.

Genau deswegen wurden sie vor vielen Jahren gegründet und diese Aufgabe steht so auch in den Sparkassengesetzen. Das Geschäftsmodell der Sparkassen hat sich in all den Jahren bewährt. Es war selbst durch Kriege und politische Systemwechsel, Hyperinflation und Währungsreformen, Wirtschafts- und Finanzkrisen nicht kaputt zu kriegen.

Und ich sehe auch heute keinen Grund, warum wir dieses Geschäftsmodell aufgeben sollten. Denn unsere Geschäftszahlen im ersten Halbjahr 2019 zeigen wieder einmal eindrucksvoll: Es gibt überhaupt keine Anzeichen dafür, dass unsere Finanzdienstleistungen von unseren Kunden nicht mehr nachgefragt werden!

Die Sparkassen werden ihr Geschäftsmodell wegen der neuen Zinswelt nicht aufgeben. Wir werden aber versuchen, unsere Einnahmen weiter zu diversifizieren. Da sind wir auch schon auf einem guten Weg. So nimmt der Anteil des Provisionsüberschusses an unseren Erträgen stetig zu. Vor zehn Jahren lag er bei unseren Sparkassen noch bei 22%. Heute beträgt er immerhin schon 28%.

Der Anstieg wird aber bei uns Grenzen haben. Der Wert wird bei uns nie die 60%+x der amerikanischen Investmentbanken erreichen, die der Präsident der BaFin gerade lobend hervorgehoben hat – so ist das zumindest bei uns angekommen. Er sieht einen solchen provisionsdominierten Ertragsmix offensichtlich auch als Zielbild für die deutsche Kreditwirtschaft an, weil dieser Mix die US-Institute „signifikant geringer abhängig“ von der „Volatilität marktpolitischer Einflüsse“ wie der Geldpolitik mache.

Mit Verlaub: Wir wollen das für uns nicht. Nach den Erfahrungen, die die Welt in der Finanzkrise mit den amerikanischen Bankprovisionsgeschäften gemacht hat, ist es für uns schon überraschend, wenn der Präsident der BaFin solchen Modellen das Wort redet. Abgesehen davon sind die deutschen Institute nicht die Opfer volatiler marktpolitischer

Einflüsse. Die EZB hat schließlich im Zinsbereich längst jedes Marktgesetz durch politisch motivierte Eingriffe außer Kraft gesetzt! Natürlich darf man sich nicht auf Wehklagen beschränken. Wie in der Medizin ist es aber auch hier geboten, zunächst einmal klar die Ursache des Problems zu identifizieren und zu benennen. Und dann muss man darüber reden, worin der richtige Weg zur Behebung des Problems liegt – was also die richtige Medizin ist. Insoweit hat uns das, was der Präsident der BaFin nach den uns vorliegenden Berichten vorgeschlagen hat – eben die starke Ausweitung des Provisionsgeschäftes – nicht überzeugt. Darüber würden wir schon gerne noch einmal mit ihm reden wollen.

Die Sparkassen müssen sich der neuen Zinswelt natürlich stellen. In diesem Kontext ist auch die Kündigung von unbefristeten Prämiensparverträgen nach Erreichen der höchsten Prämienstufe durch einzelne Sparkassen zu sehen, die der BGH vor kurzem in einem Urteil als zulässig bezeichnet hat, weil mit dem veränderten Zinsumfeld ein sachgerechter Grund dafür vorliege.

Die Kündigung dieser Verträge hat den betroffenen Sparkassen viel Kritik eingebracht. Man kann es aber nicht oft genug sagen: Das ist nicht unsere Zinswelt. Wir haben diese Zinswelt nicht geschaffen. Wir haben sie nicht gewollt. Verantwortlich dafür ist einzig und allein die Null- und Negativzinspolitik der EZB!

Diese Verträge laufen meist schon Jahrzehnte. Als sie abgeschlossen wurden, war eine solche anomale Zinsentwicklung wie heute völlig undenkbar. In den Verträgen sind Konditionen vorgesehen, die den aktuellen Marktgegebenheiten jetzt schon seit einigen Jahren in keiner Weise mehr entsprechen.

Die Sparkassen haben einen öffentlichen Auftrag. Sie stehen aber auch im Wettbewerb. Ihr öffentlicher Auftrag besteht darin, den Menschen, der Wirtschaft und den Kommunen flächendeckend bedarfsgerechte geld- und kreditwirtschaftliche Dienstleistungen zu erbringen und die sichere Anlage von Geldern zu ermöglichen.

Er besteht aber nicht darin, einzelnen Kunden auf Dauer solche Zinsen oder Prämien zu zahlen, die angesichts der nicht enden wollenden Niedrigzinsphase nicht mehr in die Zeit passen und die eine Sparkasse langfristig wirtschaftlich schwer belasten und am Ende vielleicht sogar gefährden können – zum Schaden aller Kunden. Nochmals: Wir verstehen, dass betroffene Kunden von einer Kündigung solcher Verträge nicht begeistert sind. Wir können aber auch verstehen, wenn Sparkassen als Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung aller relevanten Umstände zu dem Ergebnis kommen, dass eine Kündigung nicht zu vermeiden ist. Und: Kündigung bedeutet, dass der Vertrag in der bestehenden Form nicht

weiter fortgeführt wird. Selbstverständlich wird das, was bis dahin vereinbart war, alles gezahlt.

Die Sparkassen schirmen ihre Kunden nun schon seit Jahren von den Auswirkungen der EZB-Geldpolitik ab, indem sie auf negative Einlagenzinsen für den typischen Sparkassensparer verzichten. Das durchzuhalten wird immer schwieriger. Auch wenn das bei uns niemand will, ist abhängig von der weiteren Entwicklung nicht auszuschließen, dass zum Beispiel Freibeträge angepasst werden müssen, bis zu denen keine negativen Zinsen berechnet werden.

### **Fintech-Revolution ist ausgeblieben**

Neben der Null- und Negativzinspolitik der EZB beschäftigt uns derzeit besonders der digitale Wandel. Vor vier oder fünf Jahren waren in diesem Zusammenhang oft die Stichworte der Disruption und der Bankendämmerung zu hören. Es gab vielerorts die Erwartung, dass agile und findige Fintechs den langsamen und schlafmützigen Banken den Rang ablaufen würden. Davon ist nicht viel übrig geblieben. Die Banken sind immer noch da. Dafür hat schon jedes fünfte Fintech seit 2011 seine Segel gestrichen. Und der Höhepunkt der Pleitewelle liegt wahrscheinlich erst noch vor uns.

Die Revolution ist also ausgeblieben. Das lag sicherlich auch daran, dass Banken und Sparkassen die Revolution letztendlich selbst in die Hand genommen haben und sich – getreu Maos Devise – in den neuen Technologien zunehmend bewegen wie der Fisch im Wasser.

Es ist ihnen gelungen, der neuen Konkurrenz mit Innovationen wie dem Instant Payment oder dem mobilen Bezahlen ein Stück weit das Wasser abzugraben. Außerdem kooperieren sie zunehmend mit Fintechs oder haben selbst welche gegründet. Die Bedeutung der Fintechs liegt in meinen Augen darin, dass sie Banken und Sparkassen wichtige Impulse gegeben haben, wie diese mit mehr Innovationen und digitalen Prozessen das Leben ihrer Kunden noch einfacher machen können.

### **Bigtechs sind eigentliche Konkurrenz**

Die eigentliche Konkurrenz für Banken und Sparkassen stellen deshalb nicht die Fintechs dar, sondern die Bigtechs wie Amazon, Facebook oder Google. Sie sind neben ihrem Kerngeschäft längst auch im Finanzdienstleistungsbereich aktiv. Dass die Konkurrenz bei ihnen zu suchen ist, zeigt sich auch bei der zweiten EU-Zahlungsdiensterichtlinie, der PSD2.

Sie tritt heute in Kraft und soll den Zahlungsverkehr in der EU erstens durch die sog. Zwei-Faktor-Authentifizierung sicherer machen und zweitens den Wettbewerb fördern. Letzteres

soll dadurch erreicht werden, dass Drittdienstleister bei den Banken den Zugang über eine Schnittstelle zu Zahlungsverkehrskonten erhalten, wenn der Kunde dem ausdrücklich zustimmt. Sie dürfen dann das Konto zur Abfrage und Auswertung von Informationen und zur Zahlungsauslösung nutzen.

Von der PSD2 sollten eigentlich vor allem kleine Fintechs profitieren, denen durch die Nutzung der Kontendaten der Markteintritt für bestimmte Dienstleistungen erleichtert werden sollte. In der Praxis haben wir aber mal wieder den Fall der nicht intendierten Nebenwirkungen. Denn der Drittdienstleister, der auf die Kontendaten zurückgreifen will, muss bei der Bundesbank zertifiziert sein. Das ist auch gut so. Allerdings ist dieses Zulassungsverfahren aufwändig, teuer und langwierig und steht damit quer zur agilen Fintech-Welt.

Die eigentlichen Nutznießer der PSD2 sind deshalb die Bigtechs, die ganz andere Kapazitäten haben als kleine Fintechs. Daten sind nun einmal das Hauptgeschäft von Google, Facebook und Co. Sie wollen möglichst viel über ihre Kunden wissen, um die Kundenbeziehung jederzeit im Griff zu haben. Für diese Konzerne stellt der Zugriff auf die Kontendaten eine Goldgrube dar. Denn diese ergänzen hervorragend den Datenschatz, den die Bigtechs jeden Tag aus ihrem Kerngeschäft, ihren Ökosystemen wie den Suchmaschinen oder den sozialen Netzwerken gewinnen.

### **PSD2 wirkt wie staatliches Förderprogramm für US-Technologiekonzerne**

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat vor kurzem mit Sorge darauf hingewiesen, dass durch diese Akkumulation verschiedenster Daten digitale Monopole entstehen können. In der Praxis wirkt die PSD2 also wie ein staatliches Förderprogramm für die Bigtechs, das diese Entwicklung unterstützt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das so gewollt war.

Banken und Sparkassen scheuen den Wettbewerb nicht. Wir haben in Deutschland den wettbewerbsintensivsten Bankenmarkt der Welt. Was die Bigtechs angeht, gibt es aber eine schiefe Ebene. Während die großen Konzerne munter auf die Schnittstellen von Banken und Sparkassen zugreifen dürfen, gilt das im umgekehrten Falle nicht. Es wäre aber natürlich auch für Kreditinstitute interessant, zum Beispiel auf die Suchmaschinenergebnisse von Kunden zugreifen zu dürfen, um denen passgenaue Finanzierungsangebote für das gesuchte Produkt zu machen – wenn der Kunde das denn explizit möchte!

### **Bei Aufsicht über Tech-Konzerne gilt Niemandes-Prinzip**

Die schiefe Ebene wird auch beim Thema Aufsicht deutlich. Banken und Sparkassen werden nahtlos durchreguliert. Bei den global agierenden Tech-Konzernen herrscht dagegen das Niemandes-Prinzip: Für sie fühlt sich keiner richtig zuständig. Sie entziehen sich der nationalen Aufsicht, die sie nicht direkt kontrollieren darf. Die in der Bankenwelt gängige entitätenbezogene Aufsicht läuft bei diesen Konzernen im Zeitalter der Globalisierung ins Leere. Es wird deshalb höchste Zeit für eine stärker aktivitätenbezogene Aufsicht, die die finanzrelevanten Tätigkeiten der Bigtechs überwacht und bei fehlender Kooperation auch Tätigkeitsverbote ausspricht.

Es ist schon ein Treppenwitz, dass den Sparkassen und Volksbanken hierzulande ein Projekt wie der gemeinsame Vorläufer des Bezahlendienstes Kwitt zunächst kartellrechtlich untersagt wurde, während sich die Bigtechs praktisch unreguliert zu digitalen Monopolen entwickeln können.

Frankreich hat vor kurzem eine Steuer eingeführt, die die Umsätze der internationalen Digitalkonzerne mit Internetwerbung sowie dem Verkauf und der Verwendung von Kundendaten besteuert. In meinen Augen ist so eine Digitalsteuer in jedem Fall sinnvoller als eine Finanztransaktionssteuer, die Aktienanlagen belastet und damit der bei uns ohnehin nicht ausgeprägten Aktienkultur schadet.

Die Digitalsteuer wird das Problem der Bigtechs sicherlich nicht lösen. Sie kann aber dazu beitragen, Politik und Öffentlichkeit für dieses Problem zu sensibilisieren. Es wäre deshalb wichtig, dass diese Digitalsteuer jetzt in ganz Europa kommt.

In der Politik scheint sich allmählich die Einsicht durchzusetzen, dass Digitales möglichst auf internationaler Ebene zu regulieren ist. So haben sich die G7-Staaten bei ihrem Treffen im Juli eingehend mit dem Thema Libra beschäftigt. Unter diesem Titel wollen US-Konzerne auf Initiative von Facebook im ersten Halbjahr 2020 eine Digitalwährung aufsetzen und damit in den globalen Zahlungsverkehr einsteigen. Die Kryptowährung soll auch Menschen ohne eigenes Bankkonto erstmals Zugang zu Finanzdienstleistungen ermöglichen.

Libra – das war ursprünglich die Bezeichnung für ein altrömisches Gewichtsmaß. Libra – das atmet aber auch den süßen Duft der Freiheit – der Freiheit ohne Banken und ohne staatliche Bevormundung. Beschäftigt man sich allerdings näher mit der Sache, riecht das Ganze schon nicht mehr so angenehm.

### **Durch Libra droht Balkanisierung der Währungspolitik**

Einwände gegen Libra gibt es viele. Das fängt mit dem Währungsaspekt an. In meinen Augen ist es ein Riesenfortschritt, dass wir in Europa inzwischen einen gemeinsamen Währungsraum mit dem Euro als gesetzlichem Zahlungsmittel haben.

Noch vor gar nicht so langer Zeit ließ in Deutschland und in anderen Ländern Mitteleuropas jeder Duodezfürst sein eigenes Geld prägen. Bewusste Münzverschlechterungen waren an der Tagesordnung. Dass jetzt einige mit den digitalen Privatwährungen zu dieser Balkanisierung der Währungspolitik – zu dieser Kipper- und Wipperzeit – zurückkehren und sich als Krönung auch noch auf die Stabilitätsversprechen amerikanischer Konzerne verlassen wollen, das lässt tief blicken.

„Wer die Kapitalisten vernichten will, der muss ihre Währung zerstören“, war sich Lenin sicher. Es wäre von einer aparten Dialektik, wenn die Währungserosion mit all ihren Folgen nun ausgerechnet von der amerikanischen Herzkammer des Kapitalismus selbst ausgelöst werden würde.

Das aber kann niemand wirklich wollen. Deshalb gehört eine Währung in die Obhut des Staates. Sie hat in den Händen privater Konzerne nichts verloren. Denn diese Konzerne haben nur knallharte Gewinninteressen, auch wenn sie diese oft humanistisch verbrämen. Sie denken nur an sich. Das allgemeine Wohl ist ihnen systemfremd.

Es ist deshalb für mich undenkbar, dass nun ausgerechnet Facebook über eine Tochtergesellschaft zum Wächter einer Währung werden soll! Ein Konzern, der Daten von Nutzern und Nichtnutzern am Fließband abgreift und den manche schon heute als die größte private Datenbank der Welt bezeichnen. Ein Konzern, der diese Daten für Werbezwecke vermarktet und wegen Verstößen gegen den Datenschutz verurteilt wurde. Ein Konzern, der jetzt auch noch Zugriff auf Finanzdaten erhalten soll und dann nicht mehr weit entfernt vom digitalen Monopolisten wäre.

### **Überwachungskapitalismus droht Realität zu werden**

Wenn George Orwell heute noch leben würde, wäre er ob solcher Aussichten sicherlich verblüfft. Er müsste zur Kenntnis nehmen, dass 70 Jahre nach dem Erscheinen seines Buches „1984“ der Überwachungsstaat zwar kein Anachronismus ist. Jetzt droht seine negative Utopie aber auch noch in Form des Überwachungskapitalismus Realität zu werden!

Das ist alles beunruhigend. Und dennoch bin ich optimistisch, dass die Menschen in Deutschland und hoffentlich auch noch in anderen europäischen Ländern den legeren Umgang mit dem Datenschutz kritisch sehen werden und sich Libra – falls es denn wie

geplant kommen sollte – deshalb hier nicht durchsetzen wird. Bei uns wollen die meisten Menschen doch gar nicht darüber nachdenken, ob das gewählte Zahlungsverkehrsinstrument sicher ist und der Schutz der Daten dort respektiert wird. Sie erwarten schlichtweg, dass dies der Fall ist.

Das ist doch so wie beim Taxifahren. Dort will der Reisende auch nicht ständig darüber grübeln, ob etwas passieren könnte. Wenn ein Fahrdienst wie Uber, der dem klassischen Taxi das Wasser abgraben möchte, erst hervorheben muss, wie sicher seine Fahrten eigentlich sind, dann macht das eher misstrauisch.

Nach eigenem Bekunden können Uber-Fahrten per GPS nachverfolgt werden. Die Mitarbeiter des Kundenservices sollen speziell für Sicherheitsvorfälle geschult sein und man kann wohl über die Uber-App direkt den Rettungsdienst vor Ort anrufen, Fahrdetails mit Freunden teilen und sich präventiv im Vorfeld der Reise das Profil des Fahrers anschauen. Diese Tipps sind sicher gut gemeint. Bei vielen wird sich dadurch aber erst recht ein mulmiges Gefühl einschleichen.

### **Sparkassen sorgen für leistungsfähigen Zahlungsverkehr und finanzielle Inklusion**

Last but not least brauchen wir in Deutschland Libra nicht. Wir haben hier einen leistungsfähigen und innovativen Zahlungsverkehr, der die gesamte Palette der Bezahlverfahren abdeckt. Nicht zuletzt dank der Sparkassen herrscht bei uns längst finanzielle Inklusion: Niemand ist hier von Konten, vom Zahlungsverkehr und anderen Finanzdienstleistungen ausgeschlossen.

Die Sparkassenorganisation ist gleichzeitig gut beraten, in klarer Abgrenzung zu den Bigtechs ihr eigenes digitales Ökosystem aufzubauen und konsequent weiterzuentwickeln. Wir werden unsere digitalen Kanäle auf der Basis der Internet-Filiale und der Sparkassen-App in einer eigenen multibankfähigen Plattform bündeln und dort die Produkte und Dienstleistungen unseres Sparkassenverbundes, aber auch die von ausgewählten Dritten anbieten. Für den Kunden soll die Finanzplattform der Sparkassen die zentrale Anlaufstelle für all seine Finanzfragen sein. Mit 50 Millionen Kunden und einer Reichweite in drei Viertel der deutschen Haushalte haben die Sparkassen auf jeden Fall das Zeug für eine eigene, attraktive Community im Internet.

Um den US-Konzernen noch stärker Paroli zu bieten, ist es zudem wichtig, dass die Deutsche Kreditwirtschaft bei aller Eigenständigkeit säulenübergreifend stärker kooperiert, wie das ja jetzt bei dem Projekt #DK (digitale Kreditwirtschaft) der Fall ist, mit dem eine stärkere Bündelung der verschiedenen Bezahlverfahren anvisiert wird.



Gleichzeitig gilt es, den europäischen Kontext nicht aus den Augen zu verlieren. Die EU-Kommission und EZB streben langfristig auch für den E-Commerce und den Point-of-Sale eine europäische Zahlungslösung an, wie sie mit SEPA bereits bei den Überweisungen existiert. Dadurch soll die Abhängigkeit von internationalen Zahlungsverkehrsabwicklern reduziert werden. Ich halte das für den richtigen Antritt. Es gibt jetzt dazu auch schon eine entsprechende Initiative, die Pan European Payment Solution, an der sich auch die Deutsche Kreditwirtschaft beteiligt. Hier bewegt man sich aber erst im Anfangsstadium. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

#### **IV. Fazit**

Damit komme ich zum Schluss. Unsere Sparkassen haben im ersten Halbjahr 2019 bei der Bestandsentwicklung und im Neugeschäft trotz der herrschenden Unsicherheiten erstaunlich gut abgeschnitten. Nichts Neues gibt es dagegen von der Ertragsentwicklung: Der Zinsüberschuss und die Betriebsergebnisse stehen unverändert unter Druck.

In Europa und vor allem in Deutschland nimmt die Kreditwirtschaft eine volkswirtschaftliche Schlüsselrolle ein. Banken und Sparkassen sind unverzichtbar. Die europäische Regulatorik sollte sie aber nicht als eine Größe behandeln, die man klein bekommen muss. Es schadet Europa, wenn zum Beispiel mit der PSD2 die vermeintliche Marktmacht der Banken beschnitten werden soll, dadurch aber de facto die Entstehung von digitalen Monopolen amerikanischer Provenienz und damit die Abhängigkeit von den USA gefördert wird. Hier gilt es auf Seiten der Regulatorik gegenzusteuern. Hier und auch beim Thema Libra gilt es klare Kante zu zeigen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Zinswende jetzt endlich kommen muss!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!